

# „Auch die Illegalen haben ein Recht auf ihren Lohn“

Migrationsforscher Bade: Helfer nicht kriminalisieren

Von unserem Redakteur  
Christof Haverkamp

Osnabrück, 9.3.

Das Interview, das der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus J. Bade unserer Zeitung gab, hat folgenden Wortlaut.

Herr Prof. Bade, nach Schätzungen leben etwa eine halbe Million bis eine Million illegale Einwanderer in Deutschland. Sie gehören zahlreichen Beratungsgremien zur Zuwanderung an und waren stellvertretender Vorsitzender des Zuwanderungsrates. Halten Sie eine Massenlegalisierung wie in Spanien für angebracht?

Bade: Die Schätzungen sind Fantasiekalkulationen, es gibt viel zu wenig Forschung auf diesem Gebiet. Das hat gerade eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin gezeigt. Eine Massenlegalisierung kommt für Deutschland nicht infrage.

Warum?

Bade: Es gibt zwei Gründe. Erstens: In Spanien geht es vor allem um illegale Arbeitskräfte aus Nordafrika und Südamerika, besonders aus Ecuador, ohne die die exportorientierte Landwirtschaft zusammenbrechen würde. In Deutschland ist das eine unvergleichlich größere Vielfalt. Sie reicht von den privat beschäftigten illegalen Haushalts- und Reinigungskräften über illegal Beschäftigte im Bau- und Baunebengewerbe bis hin zur illegalen Familienzusammenführung zum Beispiel bei den Spätaussiedlern. Wir sollten Legalisierungsmöglichkeiten überdenken, aber wir müssen viel genauer hinsehen im Einzelfall.

Und der zweite Grund?

Bade: Die spanische Lösung mag gut für Spanien sein, aber sie ist schlecht für Europa; denn sie war nicht abgestimmt. Mit befristeten spanischen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen ausgestattete ehemalige illegale Arbeitskräfte können dann, zum Beispiel am Ende der Befristung, legal in andere europäische Länder

weiterreisen. Das zeigt, wie dringlich es ist, in Sachen Illegalität europäische Lösungen zu finden.

Ist die Einschätzung richtig, dass dem Staat durch schwarzarbeitende illegale Arbeitskräfte Millionen oder Milliarden an Steuereinnahmen entgehen? Muss der Staat stärker eingreifen?

Bade: Was Illegale, also ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung beschäftigte Ausländer angeht, so ist da wieder viel Fantasie im Spiel. Anders ist es, wenn man auf die einheimische Schwarzarbeit schaut. Die ist leichter zu kalkulieren und hat viel größere Dimensionen. Aber die Hoffnung, die Schattenwirtschaft schlicht abschaffen und dadurch Steuerausfälle mindern zu können, ist eine Milchmädchenperspektive.

Können Sie das erläutern?

Bade: Illegale Ausländerarbeit und einheimische Schwarzarbeit zeigen: Es gibt offenkundig einen gewaltigen Bedarf an dieser Schattenwirtschaft, weil wir davon indirekt alle profitieren, etwa durch die Verbilligung von vielen Arbeits- und Dienstleistungen auf dem Weg zum preisgünstigeren Endprodukt. Daneben stehen die vielen direkten illegalen oder ‚schwarzen‘ Dienstleistungen im privaten Bereich.

Zum Beispiel?

Bade: Denken Sie doch nur an die mit der demografischen Alterung der Bevölkerung steigende Zahl der Alten und Kranken, die keine Familie haben, die sie pflegt oder pflegen will und die die nötigen Pflegekräfte mit den ihnen zugebilligten Pflegestufen nicht bezahlen können. Eine illegale Pflegekraft ist vielleicht sogar motivierter als eine griesgrämige Ein-Euro-Kraft, die ihren Job als Nötigung versteht.

Wie sollte die Situation der Illegalen geändert werden? Wären generelle Änderungen angebracht, oder ist die Berücksichtigung lediglich von Einzelfällen besser?

Bade: Beides ist nötig. Generell geht es darum, Aufenthaltsrechtliche Illegalität, die immer ein Rechtsbruch ist und bleibt, so weit wie möglich zu verhindern. Sicherergestellt und bekannt gemacht werden muss, dass auch illegal Beschäftigte grundlegende Rechte haben.

Welche Rechte wären das denn?

Bade: Das reicht vom Recht auf körperliche Unversehrtheit und Krankenversorgung über das Recht auf vereinbarten Lohn für tatsächlich geleistete Arbeit bis hin zu dem Recht der Kinder auf Schulbesuch. Und es muss für Rechtssicherheit gesorgt werden: Das gilt einerseits für die Illegalen, die wissen sollten, dass die Inanspruchnahme von Rechten nicht aus Furcht vor Entdeckung und Abschiebung unterbleiben muss. Und andererseits dürfen Menschen nicht kriminalisiert werden, die in Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben Illegalen helfen, also zum Beispiel Ärzte, Seelsorger, Lehrer, Sozialarbeiter und andere.

Was halten Sie vor diesem Hintergrund vom Vorstoß des „Katholischen Forums Leben in der Illegalität“ mit seiner Berliner Erklärung vom 2. März, Menschen in der Illegalität Mindestrechte wie die auf Krankenversorgung, Ausbildung der Kinder und Lohn für geleistete Arbeit zu gewähren?

Bade: Das hat meine volle Unterstützung. Ich habe den von vielen wichtigen Persönlichkeiten aus Kirche, Politik, Wissenschaft und öffentlichem Leben unterzeichneten Aufruf auch selbst unterschrieben. Und der von mir in den frühen 90er Jahren mitbegründete wissenschaftliche Rat für Migration berät die Träger der Initiative in diesen Fragen seit langem. Die breite Unterschriftenliste zeigt, dass hier eine menschenrechtliche Dimension erkannt worden ist, die Partei- und Interessenlager überbrückt – und das trotz des großen Halali in Sachen Visa-Affäre.